

Hinweise zur Arbeit im Fach „Politik - Wirtschaft“ im Schuljahrgang 11 des Gymnasiums

Nach der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) wird vom 1.8.2005 an das Fach „Politik-Wirtschaft“ ab dem Jahrgang 11 aufsteigend unterrichtet. In dem neuen Fach sollen politische und ökonomische Inhalte zu gleichen Anteilen „gemeinsam und verschieden“ vermittelt werden, d.h. sowohl unter Beachtung der spezifischen thematischen Strukturen und Erkenntnisweisen der beiden Disziplinen als auch unter Berücksichtigung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft. Bis zur Einführung eines Kerncurriculums Politik-Wirtschaft bilden die geltenden RRL Politik (aus dem Jahre 1994) weiterhin den allgemeinen curricularen Bezugsrahmen für den Unterricht.

Allerdings bedarf es im Hinblick auf die Qualifikationsphase und das Zentralabitur einer höheren Verbindlichkeit der in der Einführungsphase zu erwerbenden inhalts- und methodenbezogenen Kompetenzen in den Bereichen Politik und Wirtschaft. Dabei ist für das politische und ökonomische Lernen weniger der Umfang des Faktenwissens als die Verfügung über strukturiertes Wissen maßgeblich, welches das Wiedererkennen von Strukturelementen und Prozessregeln in der Fülle der Phänomene ermöglicht.

In den Lernbereichen Politik und Wirtschaft eignen sich die Schülerinnen und Schüler von konkreten Beispielen ausgehend und eingedenk des Kontroversitätsgebots zentrale politische und ökonomische Kategorien und Erkenntnisweisen an, mit denen politische und wirtschaftliche Handlungssituationen und Sachverhalte strukturiert, analysiert und bewertet werden können:

im Lernbereich Politik

- die drei Dimensionen des Politischen, welche einen politischen Sachverhalte, ein politisches Problem im Hinblick auf
 - o die Inhalte und Werte,
 - o den Prozess
 - o und die Form der Politikin kategorialer Weise erschließen,

im Lernbereich Wirtschaft

- das ökonomische Verhaltensmodell, welches individuelles Entscheidungsverhalten aus Restriktionen und Anreizen rekonstruiert
- das Kreislaufmodell, welches die aus der Arbeitsteilung resultierenden Interdependenzen der ökonomischen Akteure erfasst,
- das Konzept der Wirtschaftsordnung als institutionell-rechtlicher Rahmen für die Koordination der wirtschaftlichen Entscheidungen und die Beziehungen der Wirtschaftssubjekte untereinander.

Folgende thematische Aspekte und Unterrichtsziele sind in der Vorstufe verbindlich:

Beim **Rahmenthema 1 „Arbeit und Strukturwandel“** geht es vor allem um den Erwerb wirtschaftlicher Grundkenntnisse und die Einführung in charakteristische ökonomische Erkenntnisweisen. Der thematische Schwerpunkt liegt auf der Veränderung von Arbeitsplatzstrukturen und Arbeitsplatzanforderungen durch den Strukturwandel, so dass die Schülerinnen und Schüler auch auf die Situation als künftige Erwerbstätige und auf ihre Rolle als Berufswählende/Berufssuchende vorbereitet werden.

1. Die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Arbeitswelt

Die Schülerinnen und Schüler erfassen Ursachen und Verlauf des Strukturwandels. Sie verdeutlichen dessen Folgen für Arbeitsplatzanforderungen, Arbeitsplatzstrukturen und Betriebe (mit Blick auf die betrieblichen Grundfunktionen Beschaffung, Produktion und Absatz).

Sie kennen unterschiedliche Formen der Arbeitsteilung sowie deren Wirkung auf die Entstehung von Berufen und Wirtschaftszweigen. Sie verdeutlichen an Beispielen zur Berufswahl, dass Entscheidungen das Abwägen von Alternativen erfordern und aufgrund der Unvollständigkeit der erfassbaren Informationen mit Risiken verbunden sind.

2. Der Betrieb im Wirtschaftskreislauf

Die Schülerinnen und Schüler erfassen die Wechselbeziehungen der Betriebe mit den übrigen volkswirtschaftlichen Akteuren (private Haushalte, Staat, Ausland) in einem grafischen Modell des erweiterten Wirtschaftskreislaufs. Sie analysieren mit Hilfe des Wirtschaftskreislaufs wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entscheidungen insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt.

3. Die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Schülerinnen und Schüler begründen die Notwendigkeit einer übergreifenden Koordination arbeitsteiliger Wirtschaftsprozesse im Rahmen einer Wirtschaftsordnung, die das Institutionen- und Regelsystem einer Volkswirtschaft darstellt.

Sie beschreiben sozialpolitische Herausforderungen durch den Strukturwandel und erläutern und bewerten unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Aufgaben des Staates bei der Lösung dieser Herausforderungen.

Rahmenthema 2: „Politik und Wirtschaft der EU“

1. Der europäische Integrationsprozess

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die Etappen des europäischen Integrationsprozesses mit Hilfe der Kategorien Erweiterung und Vertiefung. Sie unterscheiden idealtypische Integrationsstufen wirtschaftlicher Zusammenschlüsse (Zollunion, Freihandelszone, Gemeinsamer Markt, Währungs- und Wirtschaftsunion).

2. Aktuelle ökologische und sozioökonomische Probleme im Rahmen der EU

Die Schülerinnen und Schüler können vor dem Hintergrund des institutionellen Machtgefüges mit den Dimensionen des Politischen ökologische und sozioökonomische Probleme der EU strukturieren, analysieren und bewerten. Sie kennen das Modell der Preisbildung. Sie können am Beispiel von externen Effekten die Grenzen des Steuerungsmechanismus Marktpreis aufzeigen sowie marktkonforme und nichtmarktkonforme Maßnahmen voneinander unterscheiden und im Hinblick auf ihre Wirkung bewerten.

3. Deutschland in der EU

Die Schüler erfassen, erläutern und bewerten die Kompetenzverteilung zwischen EU und nationalstaatlichen Ebenen im Hinblick auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland.

4. Quo vadis EU?

Die Schülerinnen und Schüler kennen Zielperspektiven (Europäischer Staatenbund, Europäischer Bundesstaat, Europa der Regionen, Differenzierte Integration) des europäischen Integrationsprozesses und ordnen sie aktuellen Konzepten zu. Sie setzen die ökonomischen und politischen Zielperspektiven in Beziehung zu der Frage nach den Grenzen für die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten.